



München, 15.03.2024

Offener Brief zur Demonstration zum 08. März 2024: Antisemitismus entschieden entgegnetreten

Der 08. März ist der internationale Aktionstag, an dem Frauen und Verbündete verschiedenster Länder und unterschiedlichster Gruppierungen gemeinsam anlässlich des Weltfrauentages gegen Ungerechtigkeit, Benachteiligung und (sexualisierte) Gewalt demonstrieren, der Frauen und queere Menschen nach wie vor ausgesetzt sind. Sie treten Seite an Seite für Geschlechtergerechtigkeit, faire Bezahlung, gleiche Verteilung von Care-Arbeit, das Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung und vieles mehr ein.

Zu diesem Anlass fand in München am letzten Freitag um 17:00 Uhr auf dem Marienplatz eine Demonstration des „Bündnis 08. März“ statt. Als Demonstrierende, die im Zuge des „Run for Their Lives“ – eines Spazierganges, welcher wöchentlich stattfindet, um die Freilassung der von der Terrororganisation Hamas entführten israelischen Geiseln zu fordern – auf dem Marienplatz ankamen, um sich der Bündnisdemonstration anzuschließen, wurden diese von pro-palästinensischen Gruppierungen attackiert, bedroht und körperlich angegriffen, so dass diese zu ihrer eigenen Sicherheit gezwungen waren, die Demonstration zu verlassen.

Am 07. Oktober 2023 fiel die Hamas in Israel ein und verübte das schlimmste Massaker gegen Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Wir, die Stadträtinnen und Stadträte, der Fraktionen Die Grünen – Rosa Liste, SPD/Volt, CSU mit Freie Wähler, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München Liste vermögen das bestialische und inhumane Vorgehen nicht in Worte zu fassen. Klar ist, dass insbesondere sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sowie die Schändung ihrer Leichen gezielt von der Terrororganisation eingesetzt und in hunderten Videos dokumentiert und verbreitet wurden. Wie die UN-Sonderbeauftragte Pramilla Patten vorgestern – endlich, muss man sagen – in Bezug auf die Geiseln festgestellt hat, wurden diese vergewaltigt, waren sexualisierter Folter ausgesetzt und wurden zu sexuell erniedrigenden Handlungen gezwungen. Sie bestätigte die hohe Wahrscheinlichkeit, dass die noch festgehaltenen Geiseln ebenso dieser Gewalt ausgesetzt sind.

Wir richten deshalb an die Veranstalter*innen folgende Fragen:

- Was sprach für die Veranstaltenden dagegen, im Rahmen einer Frauensolidaritätskundgebung die islamistische, fundamentalistische Gewalt der Hamas gegen Frauen klar zu verurteilen und gleichzeitig auch im Publikum solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden zu stehen?
- Wieso wurde zwar in einem Redebeitrag der Organisator*innen, die Instrumentalisierung dieser sexualisierten Gewalt auf der Bühne benannt und angeprangert, Betroffene und ihre Angehörigen im Publikum dann aber antisemitisch beleidigt und bedroht?

- Wie kann es sein, dass jüdische Menschen und insbesondere Seniorinnen und Senioren, unter denen auch Shoah-Überlebende waren, niedergebrüllt, geschubst und vom Marienplatz abgedrängt wurden, ohne dass Ordner*innen und Versammlungsleitende sich schützend vor sie gestellt haben?
- Wie kann es sein, dass Ordner*innen, laut Augenzeugenberichten, Menschen mit Plakaten und Bildern der weiblichen Geiseln aufgefordert haben, diese zu entfernen und einzupacken?
- Wieso sollte jüdischen Menschen auf dieser Demonstration zum Weltfrauen*kampftag das Recht versagt werden, für die Opfer und ihre Frauenrechte auf die Straße zu gehen? Betroffene berichten, sie seien von einer der Organisatorinnen mit den Worten „Ihr seid hier nicht erwünscht“ und „Wir wollen nicht, dass ihr mitlauft“ gebeten worden, auf dem Marsch zum Gärtnerplatz nicht mehr mitzulaufen.
- Die Veranstaltenden haben allen Teilnehmenden das Mitbringen von Nationalflaggen untersagt. Dies halten wir für wichtig und richtig. Wieso mussten die jüdischen Teilnehmenden, die sich an das Gebot gehalten haben, die Demonstration verlassen, wohingegen die propalästinensischen Akteur*innen ihre Flaggen unbehelligt schwenken durften?
- Wie wollen Sie als Veranstalter*innen zukünftig mit solchen Konflikten, die im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen zwangsläufig auftreten können, umgehen? Welche Anpassungen werden im Sicherheitskonzept vorgenommen? Wie werden Sie künftig im Vorfeld mit absehbaren Spannungen umgehen?
- Ist eine Entschuldigung der Veranstalter*innen gegenüber den angegangenen jüdischen Personen sowie eine Stellungnahme gegenüber jenen, die sie angegangen haben erfolgt oder geplant?

Wir, die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktionen Die Grünen – Rosa Liste, SPD/Volt, CSU mit Freie Wähler, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München Liste verurteilen diese Vorkommnisse scharf. Dem Judenhas, der sich bei einigen Teilnehmenden der Demo vom 08. März bahngebrochen hat, stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen.

Insbesondere wir weiblichen Stadträtinnen verlangen, dass die Versammlung zum internationalen Frauen*kampftag wieder zu dem wird, was sie sein muss: Ein sicherer Hafen für alle Frauen, die sich gegen Gewalt und für Gleichstellung engagieren! Wir fordern, dass der Slogan „Believe all victims“ ernstgenommen wird und wirklich für alle gilt, insbesondere auch für die Opfer vom 07. Oktober und die sich in Geiselhaft befundenen und immer noch befindenden jüdischen Frauen. Unser tiefes Mitgefühl gilt ausdrücklich allen Frauen – den Frauen und Kindern in Gaza ebenso, wie den Opfern der Hamas. Der Weltfrauentag darf nicht als Plattform für Judenhas missbraucht werden!

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Mona Fuchs
Marion Lüttig

SPD / Volt - Fraktion

Micky Wennngatz
Lena Odell

CSU mit Freie Wähler Fraktion

Dr. Evelyne Menges
Ulrike Grimm

FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Gabriele Neff

Fraktion ÖDP/München Liste

Tobias Ruff